

Bezugspreis: Einzelheft 7,50 M., monatl. 2,30 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 M., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,75 M., für das übrige Ausland 9,75 M., bei täglich etwamaliger Zustellung 7,75 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Sendungs-Preisliste.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 11. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Oesterreichische Protestnote.

St. Germain-en-Laye, 10. Juni. Nach einer Meldung des Wiener Tel.-Büros hat Staatskanzler Renner heute dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen lassen, in der er den Mächten der Entente vorstellt, daß das deutsch-oesterreichische Volk durch die Bedingungen der unentbehrlichsten Mittel zur Erhaltung seines Wirtschaftslebens und zur Aufrechterhaltung der staatlichen und bürgerlichen Ordnung verdrängt wäre, denn ihm bliebe weder sein Heimatboden noch seine Lebensnotdurft. Gegen ihren Willen würden mehr als 4 von 10 Millionen Deutschösterreicher einer feindseligen Fremdherrschaft unterworfen. Von Deutsch-Oesterreich bliebe nichts als die Alpenländer und die Hauptstadt Wien; dieser neue Staat könne nur ein Viertel der notwendigen Nahrungsmittel selbst erzeugen. Jährlich müsse er 13 Millionen Tonnen Kohlen kaufen, während seine eigene Förderung kaum 2 Millionen erreiche. Auch eine Bezahlung der unentbehrlichen Ergebnisse der neuen Staaten durch Hingabe des noch verbleibenden Kapitals wäre infolge der Friedensbedingungen undurchführbar. Die Note erklärt weiter, daß die Vermichtung Deutsch-Oesterreichs und die Entschaffung eines sozialen und politischen Krankheitsherdes wohl nicht dem europäischen Interesse und dem der alliierten und assoziierten Mächte entspreche. Aus den angeführten Gründen müßten die Friedensbedingungen sehr wesentliche und grundsätzliche Änderungen erfahren. Ueber die Regelung der territorialen Fragen würden schon in den nächsten Tagen von deutsch-oesterreichischer Seite Vorschläge gemacht werden, während die wirtschaftlichen Anträge für den Zeitpunkt vorbehalten würden, in dem alle bezüglich des Kapitels der Friedensbedingungen vorliegen würden. Die Note schlägt zur Entwirrung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sich in der Schieflage der Monarchie teilenden Staaten die Schaffung eines besonderen Ausschusses unter dem Vorsitz von Delegierten der alliierten Großmächte vor, in dem auch Deutsch-Oesterreich mitarbeiten würde. Der Friedensschluß könnte erfolgen, ohne den Abschluß der Arbeiten dieses Ausschusses abzuwarten.

Die Bestrafung Deutsch-Oesterreichs würde sich nicht auf Deutsch-Oesterreich beschränken.

Es würde ein politisches und soziales Chaos bewirkt werden, in das unvermeidlich die nächsten Nachbarn verdrängt werden würden und dessen letzte Auswirkungen unabsehbar seien. Die Note erklärt zum Schluß: Wir können vorweg keinen Zweifel darüber lassen, daß die derzeitige deutsch-oesterreichische Regierung, die durch sechs Monate unter den größten Anstrengungen die innere Ordnung und den äußeren Frieden des Landes aufrecht erhalten hat, für die Folgen solcher Friedensbedingungen eine Verantwortung zu übernehmen, nicht in der Lage wäre.

Sozialdemokratischer Parteitag.

2. Verhandlungstag.

Löbe-Weissenhof eröffnet die Sitzung und verliest ein Begrüßungstelegramm des Parteivorstandes Deutsch-Oesterreichs, in dem den Verhandlungen des Parteitag bester Erfolg gewünscht wird. (Beifall.)

Dem Parteitag sind folgende Entschlüsse zugegangen:

1. Entschlüsse über die Freiwilligenkorps.

Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Ungleichheit mit den Freiwilligenkorps nicht ungeschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintraten und damit die einseitige Zusammenfassung dieser Truppen verschuldeten. Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten. Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einfluß unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedlose Herabsetzung und die Vorkultivierung der Freiwilligenkorps wie der Sicherheits- und Einwohnervorwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtheit. Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligenkorps in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Alle Ausschreitungen der Mitglieder der Freiwilligenkorps werden vom Parteitag entschieden verurteilt. Deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt, er erhofft dies vor allem durch die weitgehende Demokratisierung des Offizierskorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr.

Unterzeichnet von König-Dortmund und Genossen.

2. Einigungsentschlüsse.

Der Parteitag teilt den in vielen Anträgen zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach der Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats Deutschlands. Die Forderung der Parteispaltung, die den kraftvollen Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten droht, erkennen wir als die größte Gefahr für die

Lebenshaltung der Arbeiterklasse wie für die Abwehr gegenrevolutionärer Rassenchaften. Bei allen Versuchen, das Proletariat wieder zur Einheit zusammenschweißen, wandten sich die Vertreter der U. S. P. und R. V. D. gegen die Grundzüge der Demokratie. Der Parteitag lehnt das Streben nach einer nur mit den Mitteln des Terrorismus — und auch da nur für kurze Zeit — aufrecht zu erhaltenden Diktatur einer Minderheit ab. Der Parteitag erklärt seine Bereitschaft, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programms zu treten, sobald die U. S. P. den Grundsatz der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinschaft mit der mit den Mitteln des Putschismus und unter Verwerfung aller demokratischen Grundsätze wirkenden R. V. D. aufgegeben haben wird. Die Verhandlungen über die Einigung können nur zentral geführt werden.

Partei (Partei-Vorstand)

erstattet den Kassenbericht. Der Mitgliederstand hat zur Zeit des Würtzburger Parteitag seinen tiefsten Stand erreicht. Er war auf unter 900 000 zurückgegangen. Wir hatten 75 Proz. unserer Mitglieder allein durch die Einziehung zum Exerzitsdienst verloren. Auch die Spaltung wirkte lähmend. So war unsere Mitgliederzahl auf ein Fünftel des Standes des letzten Friedensjahres gesunken. Mit der Revolution war ein so gewaltiger Zustrom zur Partei verbunden, daß unsere Verwaltungsanstalten kaum ausreichten, um den Zuwachs zu bewältigen. Genauere Angaben fehlen, abgesehen von Elsaß-Lothringen, das leider dauernd von uns abgeschnitten bleiben wird, aus 83 Wahlkreisen. In den übrigen Wahlkreisen hatten wir am 31. März 1919 einen

Mitgliederstand von 1 122 000

gegen 240 411 im Vorjahr. Das bedeutet einen Zuwachs von 396 Proz., natürlich ein völlig anomaler Zuwachs. Wenn wir die Mitgliederzahl in den verbliebenen 83 Wahlkreisen hinzurechnen, so haben wir den Mitgliederstand vom 31. März 1914 mit 1 759 005 ungefähr wieder erreicht. Der Zuwachs ist aber ganz ungleich. In den Kreisen, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen übergegangen sind, haben wir trotz starken Zuwachses die Mitgliederzahl von 1914 noch lange nicht erreicht. Das gilt insbesondere für Groß-Berlin, wo wir jetzt über rund 50 000 Mitglieder verfügen gegen 121 000 im Jahre 1914. Ähnlich liegen die Dinge in den Bezirken Halle, Leipzig, Braunschweig, Erfurt. Dagegen sind in anderen Bezirken mit überwiegend kleinstädtischer und ländlicher Bevölkerung die Mitgliederzahlen gewaltig gestiegen: In Ostpreußen von 10 488 im Jahre 1914 auf 22 581 im Jahre 1919. Ebenso erfreulich ist die Steigerung in Pommern. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gewachsen, sie betrug am 31. März 1914 174 754, am 31. März 1918 70 625 und am 31. März 1919 206 354. Es ist dies

die höchste Mitgliederzahl an Frauen,

die wir je gehabt haben. Diesem Zustrom neuer Massen stehen auch neue Ansprüche gegenüber. Mit den bisherigen Mitteln der Jahreshende und Mitgliederversammlungen kommen wir nicht aus, es muß mehr geschehen, um die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln. Die Unabhängigen sprechen von einer Massenflucht. Das ist falsch. Richtig ist nur, daß ein Zug nach links durch die Massen geht und daß, ebenso wie die Mitglieder von uns zu den Unabhängigen, Mitglieder von den Unabhängigen zu den Kommunisten gehen. (Sehr richtig!) Die Abgänge werden durch neue Beitritte ausgeglichen. Für die durch Uebernahme aller möglichen Aemter der Agitation entzogenen Kräfte muß Ersatz geschaffen werden. Bei unseren Mitgliedern muß wieder die alte Opferwilligkeit Platz greifen. Mit den bisherigen Beiträgen kommen wir nicht aus. Eine starke Erhöhung ist notwendig. Bei den Wahlen hatten wir gewaltige Erfolge, die Zahlen der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landesparlamenten sind bekannt, aber auch bei den Gemeindevahlen ist die Zahl unserer Vertreter gewaltig gestiegen. In 147 Städten liegt die Zahl der Stadtverordneten von 2700 auf 7200, und in 3082 Landgemeinden mit 9069 sozialdemokratischen Gemeindevorsteher auf 18 569 Gemeindevorsteher. 1914 hatten wir in 60 Städten 1544 Magistratsmitglieder, jetzt in 212 Städten 448. Dabei fehlen uns noch aus fast der Hälfte der Wahlkreise die genauen Angaben. Auch der Parteipresse hat die Revolution

einen sprunghaften Aufschwung

gebracht, der noch größer gewesen wäre, wenn nicht Papiernot und andere äußere Umstände das gehindert hätten. Die 74 Parteizeitungen hatten am 31. März 1918 847 800 Abonnenten, am 31. März 1919 aber 1 706 227 entsprechend der Ausdehnung und politischen Bedeutung unserer Partei. Es sind an vielen Orten neue Gründungen im Gange, die wir nach Kräften fördern. Wenig erfreulich sind die Massenverhältnisse. Der Krieg hat unsere Finanzen schwer mitgenommen. Wir haben in den letzten 6 Jahren — schon das letzte Jahr vor dem Kriege hatte ein erhebliches Ranko — 1 1/2 Millionen Mark dem Parteivermögen entnommen. Erst das letzte Jahr weist trotz der hohen Wahlkosten eine Vesserung auf. Stark gesunken sind die Einnahmen aus Beiträgen und Ueberflüssen der Parteigeschäfte, gestiegen sind die Rückzahlungen aus Vorschüssen auf die sonstigen Bezirke. Bei den Ausgaben wurde während des Krieges stark gespart an Bildungswesen und den Pressbüros. Hier wird jetzt ein Aufbruch dringend notwendig. Die Wahlkreise der Partei betragen diesmal nur die Hälfte von 1918 und er-

reichen nicht 1/2 Million. Eine neue Einnahme für die Parteikasse sieht das Exekutiv in der Bestimmung vor, daß 20 Proz. der Ueberflüsse der Parteigeschäfte an die Parteikasse abzuführen sind. Die Gehälter unserer Angestellten bleiben trotz vielfacher Teuerungszulagen hinter dem Einkommen weiter Arbeiterkreise zurück. Ein Ausgleich ist unvermeidlich. Auch meine Berichte zeigen Ihnen die ganze Schwierigkeit der Lage der Partei. Wir haben während des Krieges das Beste Gut des deutschen Proletariats verloren, die Einigkeit, Dunkel und trübe ist die Zukunft unseres Volkes, aber wie es auch kommt, eine frasse, leistungsfähige Organisation wird die Partei niemals entbehren können. (Lebhafter Beifall.)

Den Bericht über Bildungs- und Jugendarbeit erstattet

Geinrich Schulz:

Mit Beginn des Krieges wurden uns Lehrer und Massen in Massen entzogen, das Bildungswesen stand ganz, die Jugendarbeit erlitt eine große Störung. Die Revolution führte uns mit einem Schlage Millionen neuer gefühlsmäßiger Anhänger zu. Um sie zu bilden, fehlten Menschen und Zeit. Die revolutionären Ereignisse überfüllten sich. Erst am 23. März konnte der Parteivorstand ein kulturpolitisches Ressort schaffen unter Veranziehung sachlich geschulter Kräfte. So schufen wir zunächst für die Bildungsarbeit ein Mitteilungsblatt, in dem wir die neuen Methoden der Bildungsarbeiten darlegten. Wir haben durch die Revolution insbesondere zahlreiche Akademiker gewonnen, die wir mit großer Freude begrüßen. Für sie brauchen wir besonders Schulen und Kurse zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, damit sie ihrerseits wieder lehren können. Aber auch die gesamte Partei muß sich geistig auf den neuen Zustand einstellen. Unsere Bildungsbestrebungen scheitern mir die folgende Resolution Dittmer und Genossen glücklich zusammenzufassen:

Der starke Zustrom neuer Anhänger, den die Novemberrevolution der Partei gebracht hat, und die Fülle neuer Aufgaben und Verpflichtungen, die die Demokratisierung und Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland den Parteigenossen auferlegt, machen eine Neuorganisation und Vertiefung unseres Bildungswesens zur dringenden Notwendigkeit. Mehr als früher muß die Einführung in den Sozialismus als Weltanschauung und in die sozialistische Politik das Kernstück der Bildungsarbeit bilden. Allgemein bildende Veranstaltungen sind dagegen in erster Linie als öffentliche Pflichten von Reich, Staat und Gemeinden zu verlangen, auch kann sich dabei die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsorganisationen als zweckmäßig erweisen. (Volkshochschulen, Wandertheater, Kinos und Konzerte.) In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu schaffen, die in engem Zusammenwirken mit der Partei und anderen Arbeiterorganisationen das örtliche Bildungswesen zu leiten haben. Innerhalb der einzelnen Bezirke sind Bezirksbildungsausschüsse einzusetzen. Die Spitze des parteigenösslichen Bildungswesens bildet der Zentralbildungsausschuss. Die Bildungsarbeit ist überall sofort tatkräftig in die Hand zu nehmen, insbesondere sind Einzelvorträge und Kurse über Geschichte, Theorie und praktische Arbeit der Sozialdemokratie einzurichten. In den einzelnen Bezirken sind im Einvernehmen mit dem Zentralbildungsausschuss und dem Parteivorstand Bezirkspartei-schulen zu schaffen, für die Genossen als Teilnehmer auszuwählen sind, die sich in besonderem Maße zu Lehrkräften eignen. Zu dem gleichen Zweck ist auch die baldige Wiedereröffnung der Parteischule in Berlin auf neuer Grundlage ins Auge zu fassen. Die Rückwirkungen der Novemberrevolution auf das geistige Leben der Partei machen es allen Parteigenossen zur ersten Pflicht, sowohl zur eigenen theoretischen Aufklärung und Festigung als auch zur kritischen und neuauffindenden Mitarbeit in der Theorie des Sozialismus mit der grundlegenden wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus sich vertraut zu machen. Zur Einführung sind leichtverständliche Schriften herauszugeben.

Unsere Jugendbewegung litt nach der Revolution neben äußeren Umständen auch unter dem Verlust unserer Genossen (Ebert, des Vorsitzenden der Zentralkommission). Erst allmählich kam die Bewegung wieder in Fluß. Zu ihrer Negehung bitten wir Sie um Bestätigung der folgenden Resolution der Zentralkommission für die arbeitende Jugend, die bereits die Zustimmung des Parteiaussschusses und der Organisationskommission gefunden hat:

Richtlinien für die Jugendbewegung. 1. Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung und zur selbstständigen politischen Betätigung. Ferner hat sie den Zweck, einen wirklichen Jugendklub zu fördern. Dagegen ist die Jugendbewegung keine Kampfgeneration mit parteipolitischen Zielen; ihre Aufgaben sind vorwiegend erzieherischer Natur. 2. Die Jugend ist allerorts unter Aufhebung der bisherigen Jugendvereine in Vereine zusammenzufassen, die sich in Bezirksorganisationen und über das Reich zu einem Verband der deutschen Arbeiterjugendvereine zusammenschließen. Die Zentralkommission für die arbeitende Jugend bildet bis auf weiteres den Hauptverband des Verbandes und hat schnellstens Schulpfänger und einseitigen Verwaltungsmaterial herauszugeben. 3. Da das wahlfähige Alter auf das 20. Lebensjahr festgesetzt ist, ist unsere Jugendarbeit, die die Jugend vom 14. Jahre an umfaßt, bis auf die Altersklasse von

sonstige Jahren auszubilden. Besonders Gewicht ist dabei auf die besondere Organisation und politische Erziehung der älteren Jahrgänge von 17 bis 20 Jahren zu legen. Die Jugendorganisation ist in zwei Altersstufen einzuteilen, und zwar in eine Jugendabteilung für die 14- bis 17-jährigen und eine Altersabteilung für die 17- bis 20-jährigen. Bei den Mitgliedern der Altersabteilung soll darauf geachtet werden, daß sie sich den Arbeiterorganisationen anschließen. Die Funktionäre der Altersabteilung müssen Parteimitglieder sein. 4. Die Leitung der Ortsvereine obliegt einem Vorstand, der zur Hälfte aus Jugendlichen beider Abteilungen, die die Jugendlichen selbst wählen, und zur anderen Hälfte aus erwachsenen Parteimitgliedern gebildet wird. Die gleiche Zusammensetzung gilt für die Bezirksverbände, sowie für den Bezirksvorstand in Berlin. Bei der Wahl der Erwachsenen sind Gewerkschaften und Genossenschaften zu bevorzugen, die engere Beziehungen mit besonderem Verständnis für die Jugend und ihre soziale Eigenart verbinden. Um dem Grundgedanken der Selbstverwaltung der Jugend zu entsprechen, soll die Leitung der Abteilungen den Jugendlichen möglichst selbst überlassen bleiben. 5. Von den Mitgliedern ist ein regelmäßiger Beitrag zu erheben. Für Mitglieder der Jugendvereine, die der Arbeiterorganisation angehören, gelten die bezüglichen Bestimmungen in § 4 des Organisationsstatuts der Partei. Für den Beitrag ist den Mitgliedern als Vereinstorngeld die „Arbeiterjugend“ zu liefern. Um den beiden Abteilungen der Jugendorganisationen geeigneten Lebensloft zu bieten, ist die „Arbeiterjugend“ auszugestalten und in ihrem Umfang zu erweitern. 6. Der Parteitag legt den Arbeiterorganisationen sowie allen Parteigenossen und Genossinnen die dringende Verpflichtung auf, die erwachsenen Arbeiter in nachhaltiger Weise über Wert und Bedeutung der Jugendbewegung aufzuklären und zur Förderung der Jugendarbeit die notwendigen Mittel und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Genrich Schulz.
Danach soll unsere Jugendbewegung auch in Zukunft keine Rekrutenschule der Partei sein, obwohl alle äußeren Hindernisse dagegen gefallen sind. Die Jugendbewegung bleibt weiterhin eine Sache der Erziehung, nicht der Politik. Dabei wird die Selbstziehung immer mehr den entscheidenden Platz einnehmen. Auf die Mithilfe der Bewegung soll keineswegs verzichtet werden, aber diese Hilfe darf nicht aufdringlich und auf Dank berechnet sein, sie muß stets nur um der Jugend und der Sache willen geleistet werden. Der Jugend muß der Gedanke des Sozialismus als Weltanschauung und völkervereinlichendes Prinzip der Zukunft nahegebracht werden. Alle Jugendlichen sollen vereinsmäßig zusammengeführt werden und die Vereine den Verband der Arbeiterjugendvereine bilden. Sie sollen alle Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren umfassen in zwei Abteilungen von 14 bis 17 und 17 bis 20 Jahren. Erst mit 20 Jahren soll der Zwang zur Organisation eintreten. Bis dahin muß für Bildung und Erziehung der Jugend genügend gesorgt sein.

Achtstundentag in den französischen Bergwerken.

Paris, 10. Juni. Die Pariser Abendblätter melden, daß die Kammer heute vormittag die Artikel der Gesetzesvorlage auf Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni an mit großer Stimmenmehrheit annahm. Als die Kammer die Vorlage en bloc annehmen wollte, erklärte Loucheur, daß die Einföhrung und Ausföhrung die Wiltionspause einbezogen seien, die tatsächliche Arbeitszeit nur 7,25 Stunden betragen und in der Förderung ein ungeheurer Ausfall entstehen würde. Die Regierung sei nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen, und bitte, die Vorlage an den Ausschuß zurückzuverweisen und eine zweite Lesung vornehmen zu lassen. Nach langer Debatte, in welcher sozialistische Deputierte und der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses den Antrag Loucheur bekämpften, beschloß die Kammer mit 351 gegen 133 Stimmen, für morgen die zweite Lesung anzusetzen.

Kein neuer Putsch in Spanien. Der große unter Drohungen angekündigte spanische Putsch ist Sonntag nicht erfolgt. Französische Militärbesuche, soviel bis jetzt bekannt ist, nicht in Tätigkeit zu treten. Von einer neuen Ausrufung der unabhängigen Republik ist nichts bekannt.

Es geht um Menschen und Menschheit.

Henri Barbusse an d'Annunzio.
Henri Barbusse hat an Gabriele d'Annunzio einen Brief geschrieben, den die „Westenblätter“ veröffentlichten. Darin heißt es: „Wir haben Sie bewundert und wir bewundern Sie noch wegen der Großartigkeit Ihres Dichtertalents. Sie waren der Wagner, der überall herrliche Tannhäuser hervorzauberte, der Erwecker, der auferstanden sich die Pracht verjüngten Lebens und der aufstehenden sich vor den Augen der unheimlichen trüben Menge die Schönheit des Seins. Sie riefen, und vor uns erkund die bunte Pracht der Städte und das Vergangene in der Gegenwart und die Feste und die Kämpfe des menschlichen Herzens und der göttliche Körper der Frau. Wer Ihre Werke kannte, war wie ein Pilger, wie Schätze häufte er Erinnerungen auf, die er nie vergessen wird.“

Und nun nach dem Unheil, das während dieser Jahre in Europa weite Länderstrecken zerstört hat und mit 20 Millionen Toten bedeckt hat, steigt diese Stimme von neuem empor, und ihre Musik ergießt sich in eine Drohschär: „Ueberreicht von Herrn Oberleutnant Gabriele d'Annunzio.“

Ist es dieselbe Stimme? Ich weiß nicht! Wie schwer findet man in dem urchigen Schwallst Meeres der leuchtenden starken Genies, dessen Werke wir vergöttern. Zwischen Ihren Veldern und der Wirklichkeit flacht ein Jovelpalm, der Sie klein macht. Sie bieten Ihre ganze Stimmkraft auf, um dem blutigen Gemenge einen Kranz zu verleißen, der ihm nicht gebührt, um ein militärisches Ideal auszuwerten und auszusprechen, das der Krieg Angst erschließt und erschlagen hat; die ungeheuren Folgen des größten Zusammenstoßes schrumpfen für Sie zu einer Frage der Verteilung, der Grenzverschiebung ein. — Indessen beginnt die Menschheit ihr ganzes Wesen und Wollen von Grund auf umzugestalten. Dieses Angeheure entgeht Ihnen. Und das ist der Grund, daß Ihre Leiter höll klingen.

O Baubere, O Prophet, siehst du denn nicht, daß alles Volk der Erde beginnt ein Recht zu fordern wie ein Volk von Erkranken, daß die Wera der Anarchist dahin ist und eine neue Zeit beginnt, daß die größte aller Kräfte aus den Tiefen groß, sich regt, töstet und nach neuer Gestaltung ringt, und daß es viel höhere Dinge gibt, viel tiefer und viel dringender als die, um die die militärische Schweiß sich ereifert und erbittert admet. Morgen, bald — noch eher vielleicht, als selbst wir es glauben, wir Gläubigen — werden sich die ungeheuren, geradezu Unvorstellbaren, denen eine gewollte oder dumme Verständigungslosigkeit der Machtgeber vielleicht die Form des Ungewitters geben wird.

Unsere Bewunderung bleibt Ihnen, weil durch nichts verdunkelt werden kann, daß Sie der größte Verführer der Menschheit

Die Verantwortlichkeit am Kriege.

Ein deutsches Weisbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege ist soeben im Druck erschienen. Es enthält die Reden des Grafen Brodorski-Randau vom 7. und 13. Mai 1919, die Rede Clemenceaus vom 20. Mai und die Antwortnote des Grafen Brodorski-Randau vom 24. Mai, den Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen sowie Bemerkungen von deutscher Seite zu diesem Bericht. Ferner bringt es in 11 Anlagen mit zahlreichen Unterlagen eine große Reihe von Dokumenten über den Ausbruch des Krieges, auf deren Inhalt und Bedeutung wir demnächst ausführlicher eingehen werden.

Heeringen schreit um Hilfe.

Der Korruptionsfonds der Kriegervereine.

Der Präsident des Kriegerbundes, Generaloberst von Heeringen, wendet gegen die Enthüllungen des „Vorwärts“ eine Laski an, die sich ja in seinem Feldherrndasein gut bewährt haben mag, die aber im Kampf der Meinungen wenig Erfolg verheißt: Er schreit, auf's Haupt geschlagen, nach Verstärkungen! An der Spitze der Kriegerhäuser Korrespondenz vom 7. Juni prangt folgender beweglicher Hilferuf:

Wir rufen die deutsche Presse auf, den Reichs-Krieger-Dank gegen die ungeheuerlichen Angriffe des „Vorwärts“ zu schützen, die rein sozialdemokratischen Propaganda-Absichten entspringen sind und eine schwere Schädigung der Kriegsberechtigten bedeuten, die nicht unter die allgemeine Kriegsberechtigten-Fürsorge fallen, die aber als Kriegsteilnehmer in schwere Existenzkämpfe gedrängt worden sind.

Der Vorstand des Reichs-Krieger-Dankes, gen.: von Heeringen, Generaloberst, Präsident.

Abgesehen von aller Lächerlichkeit, bedeutet dieser Aufruf eine nicht zu überbietende Verdrehung der Tatsachen. Wir haben gerade die Kriegsberechtigten vordem Raubplänen der Kriegervereine geschützt, die drauf und dran waren, erhebliche für die Kriegsberechtigten (früher Lebendostipendien) in ihre Taschen, bzw. in die Taschen ihrer Filiale, des Reichs-Krieger-Dankes, überzuleiten. Wenn wir vor diesem Gebilde gewarnt haben, so mit vollem Recht, denn es stellt keine neutrale Unterstützungsorganisation dar, sondern will für ein paar Almosenmenschen die Kriegsteilnehmer unter das Joch der Kriegervereine bringen.

Der streitbare Kommerzienrat.

Der Stadtverordnete Genosse Reichmann aus Wab Delnhäusen hielt am 6. Juni eine Protestversammlung, um sich gegen eine von Major v. Rosenburg an die Reichsregierung gerichtete Beschwerde und dessen unwahre Behauptung zu verteidigen, er habe in einer 15-minütigen Rede im Konzertgarten des Kurhauses in Gegenwart zahlreicher kranker und verwundeter Offiziere und anderer Kurgäste die schwersten Verleumdungen und Beschimpfungen gegen den Offiziersstand und die Beamten ausgesprochen.

Nachdem Genosse R. geendet hatte, trat Herr Kommerzienrat Stöbe an ihn heran und rief ihm mit besten Worten zu: „Sie sind ein Held, ein Held, ein Held.“ Dieser aber hat sich über die geistige Kapazität Stöbes richtig eingeschätzt, indem er ihm gelassen antwortete: „Sie sind zu dumm, um den Inhalt meines Referats beurteilen zu können.“ Für diese moralische Ohrfeige mußte sich natürlich Herr Kommerzienrat Stöbe unbedingte Satisfaktion schaffen, das verlangte die Ehre, und er schlug mit seinem Revolver alias Regenschirm Genosse R. auf den Kopf, so daß dieser eine Verletzung davontrug. Hierauf entstand ein großer Tumult, und es gelang dem geschlagenen Redner nur mit

schon Genies gewesen sind. Wir bewundern Italien, die Reichte der Jahrhunderte, das Paradies der Erde, wo die Schönheit der Natur vor 400 Jahren noch einmal geboren ward. Aber hier geht es nicht, wie Sie glauben, um die Sache Italiens, so wenig als um einer Sache Frankreichs oder der lateinischen Rasse. Es geht um Menschen und Interessen der Menschheit sehen im schärfsten Gegensatz zu dem Streik um rationale Interessen. Der Tag naht, wo die Gerechtigkeit für die Armen herrscht, für alle Armen durch sie. Die Boge aus dem Norden ist nicht mehr einzudämmen. Jeder Versuch, sie zu fangen, wird nur zur Folge haben, daß sie mit noch größerer Verheerung aus allen Ufern tritt.

Das ist die Tragödie der Menschheit, die nicht mehr von den Führern der Völker, nicht mehr von Ihren Seelenhirnen abhängt; abseits von ihr, woher sie, hebt Sie unentdeckt auf demselben Feld und redet Euch dabei vielleicht ein, weiden Scherlis zu geben.

Ein einziger Führer blieb eines besseren Urteils fähig. Ein Einziger hat versucht, der Freiheit der Sieger gegenüber seine Grundzüge auszusprechen, das Recht und die Moral. Er hat die Gipfel der künftigen Ordnung geahnt (nicht das ganze Weibliche Werk, das nur Bestand gewinnen kann, wenn es aus dem Volke selbst entspringt). Dieser Mann ist der Einzige, der nach dem Kriege Anspruch auf den Dank der Menschheit hat; dieser Seher ist es, dessen „Kriegsgläser“ für die Gegenwart eines Tages sind, des eines mittelmaßigen Dichters unwürdig wäre!

Ein Munitionsfabrik-Drama.

Die in Dresden neu herausgegebene Monographschrift „Die neue Schaubühne“, geleitet von Hugo Preller, veröffentlicht in ihrem 6. Heft einen von Ivan Goll gedichteten Einakter „Explosion“. In sieben grandios hingeworfenen Szenen geben Goll, Substanz, Realität der Arbeit von Granatenerzeugern. Der Krieg greift mit wilden Pladerläutern herein: Feind und Misset, Mahollos beides. In das Grauen und Weiterleuchten sich haltender Revolution gegen den Krieg. Eine Arbeiterin fällt in Wehen. Das Kind, das sie gebiert, liegt draußen im Regen. Eine Arbeiterin, die es hereinnehmen und retten will, wird vom Zuschauer schändlich schloß geendet: „Der wird geschloß“. Die Arbeiterin sieht den trankünnen Unmenschen nieder. Als Soldatenflinten sich gegen sie richten, schreit sie eine Granate: „Freiheit! Für das Leben!“ Die Granate explodiert.

Das Drama ist in wunderbar knappstem Erzeugnis gebaut. Es schreit nach der Aufführung und braucht eine große Bühne, die schnell die Szenen wechseln kann. Würgerliche Phantasie wird sich freilich vor der unerschrockenen Wahrheit der Akte verkrühen.

Vom Theaterkulturverband.

In der Zeit der Revolution und der Verleumdungsbeschränkungen war auch die Arbeit des Theaterkulturverbandes behindert. Sie soll und wird aber nun wieder ausleben. Er hofft, daß die neuen

großer Mühe und Not, die in großer Erregung befindliche Menge wieder zu beruhigen.

Die Arbeiterschaft verlangte, daß Stöbe noch in derselben Nacht das Bad verlasse, was auch geschah. Nachts 2 Uhr passierte Stöbe mit verbundenem Kopf den Bahnhof.

Gemeinsame Demonstration in Kiel.

Wegen der Erschießung Levis.

Kiel, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die sozialistischen Parteien von Groß-Kiel hatten für gestern nachmittag eine Demonstration gegen die Erschießung Levis einberufen. Unter Teilnahme von 10 000 Personen fand diese auf dem größten Platz der Stadt Kiel, dem Wilhelmplatz, statt. Zu der Kundgebung hatten sich die Unabhängigen unserem Parte angegeschlossen. Von drei Tribünen sprachen Redner unserer Partei, von weiteren drei Tribünen Redner der Unabhängigen. Die Kommunisten hatten für sich eine besondere Tribüne errichtet. Alle Redner, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit sie angehörten, hielten sich an die getroffenen gemeinsamen Verabredungen, demzufolge war auch kein Zwischenfall zu verzeichnen.

Berufung des Kaisers vor das Brüsseler Appellationsgericht.

Am Rotterdam, 11. Juni. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus Brüssel gemeldet: Hier ist folgende Bekanntmachung angeschlagen worden: Auf Grund eines vom Reichs-Verband des Königs beim Appellationsgericht in Brüssel gestellten Antrages werden vor Gericht geladen: 1. Goppfer, General der deutschen Armee, früher Kommandant von Doornik; augenblicklicher Aufenthaltsort unbekannt. 2. Rupprecht von Bayern, General in der deutschen Armee, früher Kronprinz von Bayern; augenblicklicher Aufenthaltsort unbekannt. 3. Wilhelm von Hohenzollern, früher König von Preußen und Deutscher Kaiser, nun ohne Beruf (!); augenblicklicher Aufenthaltsort Amerongen (Niederlande). Die Genannten werden ersucht, am 14. Oktober 1919, morgens 9 Uhr, vor der 8. Strafkammer des Appellationsgerichtshofes in Brüssel im Justizpalast am Boulevardplein zu erscheinen, um sich wegen der Verbrechen zu verteidigen, die in ihrem Namen während der Besatzungszeit begangen worden sind.

Klage des Reichswehrministers gegen die „Freiheit“.

Der Reichswehrminister Koste hat gegen den verantwortlichen Redakteur und Verleger der „Freiheit“ sowie gegen den Direktor der Lindenbrücker Strafanstalt gestellt, der sich gegen zwei Notizen in der „Freiheit“ vom 8. Mai richtete.

Wilmars, 11. Juni. Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung wird sich mit dem Friedensvertrag zu befassen haben. Infolgedessen kann der Zeitpunkt dieser Sitzung heute noch nicht bestimmt werden.

Der Kultusminister Hornisch hat in einer Verfügung die Verfügungen des mehrfach erwähnten Direktors Dr. Köhnenhaedt in Nordhausen über sozialdemokratische Lehrer scharf zurückgewiesen und das Provinzialschulkollegium beauftragt, dem Direktor mitzuteilen, daß er beim geringsten neuen Verstoß von seinem Amte entsetzt werde.

Das Schicksal Trautners. Wir erhalten von Kurt Hiller folgende Zuschrift: Soeben lese ich, was ich schon geräuschweise gehört hatte: daß sich unter den in München Verhafteten und mit dem Schicksal Levis bedachten auch der junge Lehrer und Literat Trautner befindet. Ich kenne Trautner und besenne, daß es einer der feinsten und gütigsten Menschen ist, die mir überhaupt je begegnet sind; einer tohen Handlung ist dieser Parte und an den neuen pädagogischen Lehren geschulte Idealist nicht lählig. Ich bürge mit meinem Kopf dafür, daß er niemandes Ächtung veranlaßt hat, daß sein ganzes Naturell ihn immer nur dazu bestimmen kann, derartige Akte zu verhindern. Die Verantwortlichkeit steht außer Frage.

Ich finde es recht, daß die Presse für Koller eintritt; aber Trautner ist mindestens so rettenswürdig.

Verhältnisse seine Arbeit erleichtern werden, aber eben darum muß sie kraftvoll wieder aufgenommen werden. Im einzelnen werden die Ortsgruppen den Kampf um ein kulturwürdiges, von Ausbeutung und Kunstworblasteiten freies Theater mit Unterstützung aller theaterliebenden Kreise im Zusammenwirken mit dem Hauptverband auch fernherhin zu führen haben. Als vorbedingteste Zukunfts-aufgabe steht ihm eine organische Sozialisierung der deutschen Theater vor Augen. Neben Willigen sollen die Fortschritte gefördert, die Theater von geschäftlicher Kasse befreit, der Kunst und den Künstlern alle sinnvollen Rechte und Freiheiten eingeräumt werden. Der Theaterkulturverband wendet sich erneut an alle Freunde des Theaters mit der ersten Bitte um Unterstützung seiner Bestrebungen. Die Grundlagen des Verbandes werden breiter, seine Wirkungsmöglichkeit noch größer und seine Organisation beweglicher zu gestalten sein.

Der Verwaltungsrat stellt fest, daß die Ziele des kürzlich gegründeten „Christlichen Volksbundes für Bühnenkunst“, unter dessen Namen auch die Namen einiger Mitglieder des Theaterkulturverbandes stehen, wesentlich anders sind, als die seinen. Vom Kampf um Interesse einer einzelnen Weltanschauung hält sich der Theaterkulturverband fern; er ist im Rahmen der Parität und der Freiheit des künstlerischen Schaffens gerichtet worden und wird in diesem Sinne weiter wirken.

An Stelle des Herrn Werth ist als Generalsekretär Dr. Ernst Leopold Stahl (Weilberg) berufen worden.

Notizen.

— Ein Vortragsabend „Kuffleg“ wird am Donnerstag, 6. Uhr, im Blücherpalast stattfinden. Das Programm umfasst Beethovens „Symphonie-Ouverture“, eine Vorlesung aus Walter v. Molos Schiller-Roman „Den Sternen zu“, Wagner's „Parsifal“ und „Nabes Liebestod“ aus „Tristan und Isolde“, Colin Koh: „Auf der Schwelle“, Gedanken zum Geist der Zeit, Bild: „Propheta“.

— Konzerte. Das symphonische Künstlerpaar Frieda Kraft-Sodapp und James Alton erkente in der Singakademie mit Darbietungen seltener Art. Sie spielen für zwei Klaviere von Lager: Introduction, Passacaglia und Fuge mit wunderbarer Ertüchtung ineinander die entzückenden vierhändigen Walzer von Brahms op. 39. Die beiden Instrumente langen unter den Händen der Spieler einen Zweigeßang köstlicher Art; schließlich das Königlich sehr schöne Concerto pathétique von Liszt. Das Letztere erhob sich bisweilen zur Großartigkeit des Debussy und die Klaviere, die sich immer dem Klavier abzugewinnen verließ, verstärkte noch den überaus feinen Eindruck. Frieda Kraft-Sodapp spielt noch die Kamal-Sonate von Chopin. Die geniale Frau macht mit dem ihr eigenen Geist und der Hingabe an ihre Kunst an Clara Schumann, besonders zu loben ist ihr ausgezeichneter Rhythmus und die Klarheit des Vortrags. Als des Weisheit kein Ende war, wurde dem Publikum noch ein Geschenk gemacht mit dem zweiten Satz der Sonate D-Dur von Mozart.

